

An den Vorsitzenden

des Ausschusses Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Helge Schlieben

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 05.03.2020

AN/0333/2020

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	09.03.2020

Ausbau des Gesamtschulangebotes in Köln – Standortsuche muss verstärkt werden

Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

angesichts der aktuellen Information der Verwaltung, dass auch zum kommenden Schuljahr 951 Kinder an den inzwischen 15 Kölner Gesamtschulen abgelehnt werden müssen, bitten wir Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 09.03.2020 zu setzen.

Die Verwaltung wird aufgefordert,

- a) die schon jetzt fehlenden dringend benötigten sechs Interims-Schulbauten – drei davon für Gesamtschulen – umgehend zu realisieren
- b) zu diesem Zweck die Flächensuche über Ressortgrenzen hinweg zu forcieren
- c) die in den vergangenen vier Jahren erfolglos gebliebenen Grundstücksprüfungen für diese Interims-Schulbauten offenzulegen und die Hinderungsgründe zu erläutern, die gegen eine Nutzung der identifizierten Flächen sprechen
- d) auch bereits verworfene Flächen wie z.B. das Grundstück an der Herbesthaler Straße im Stadtbezirk Lindenthal aufgrund der zunehmenden Dringlichkeit in die Suche mit einzubeziehen.

Begründung:

Köln ist eine wachsende Stadt! Die aktuellen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, dass mit den bestehenden Schulstandorten die erforderliche Anzahl der Schulplätze perspektivisch nicht abgedeckt werden kann. Trotz des stetigen Ausbaus der Gesamtschullandschaft auf mittlerweile 15 Standorte mit rund 14.600 Gesamtschulplätzen bleiben die Ablehnungszahlen unvermindert hoch.

Auch nach der Wiedereinführung von G 9 an Gymnasien spricht sich der Elternwille ganz offensichtlich für den Ganzttag, für das gemeinsame Lernen und ganz generell für das Modell der Gesamtschule als Garant der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit aus!

Die Bemühungen der Verwaltung, die Flächensuche für Schulstandorte ressortübergreifend zu optimieren, sind seit der intensiven Diskussion im Schulausschuss vor vier Jahren in der Sitzung am 29.02.2016 nicht wesentlich vorangekommen. In der Liste der dringenden und prioritären Schulbaumaßnahmen sind 13 Gesamtschulen und acht Gymnasien aufgeführt!

Noch immer werden Flächen für Interims-Standorte von Gesamtschulen und Gymnasien gesucht, um kurzfristig die Nachfrage bedienen zu können. Es müssen daher die Planungen für einen Ausbau des Gesamtschulangebotes deutlich forciert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin